



Keineken muss Homepage ändern  
Wirtschaft / 13



Die Schweizer  
Wirtschaft  
befindet sich  
weiter in der  
Rezession  
Wirtschaft / 13



Schweizer Börse schliesst im Minus  
Wirtschaft / 14

### NEWSMIX

#### Bundesrätin Doris Leuthard an informellem Treffen

BERN – Bundesrätin Doris Leuthard nimmt an einem informellen Ministertreffen zur Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO teil. Das Treffen findet am 3. und 4. September in Neu-Dehli statt. Eingeladen wurde Doris Leuthard von ihrem indischen Amtskollegen. An diesem Treffen versammeln sich die Minister von rund 30 Ländern. Sie wollen die nächsten Etappen erörtern, die für einen «möglichst baldigen Abschluss der Doha-Runde erforderlich sind», wie das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) am Dienstag mitteilte.

Neben der Wiederholung der Positionen der Schweiz bei den wichtigen Verhandlungsdossiers wird die EVD-Vorsteherin sich auch im Namen der G-10 (Bulgarien, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen, Schweiz, Südkorea und Taiwan) äussern, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Dabei geht es um die Interessen der hauptsächlich Einfuhrländer von Agrarprodukten. (sda)

#### Arbeitslosenzahl legt kaum zu



NÜRNBERG – Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im August nur geringfügig gestiegen. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Dienstag mitteilte, gab es 3,472 Mio. Erwerbslose. Dies seien 9000 mehr gewesen als im Juli und 276 000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote stieg im Monatsvergleich um 0,1 Punkte auf 8,3 Prozent. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hätten sich auch im August auf dem Arbeitsmarkt gezeigt, erklärte BA-Chef Frank-Jürgen Weise. Insgesamt seien die Auswirkungen des Abschwungs bisher aber moderat. «Vor allem Kurzarbeit stabilisiert den Arbeitsmarkt», sagte Weise. Üblich war in den vergangenen Jahren ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit im August. Vor allem die weit verbreitete Kurzarbeit der Beschäftigten hat bisher eine drastische Zunahme der Arbeitslosenzahl verhindert. (sda)

#### Liste mit Steuerhinterziehern erst der Anfang

BERN/PARIS – Die Liste mit den Namen steuerpflichtiger Franzosen mit Bankkonten in der Schweiz wirft weitere Fragen auf. Das sei erst der Anfang, sagte der französische Haushaltsminister Eric Woerth am Dienstag. In der Schweiz liegt aber keine offizielle Anfrage vor. Woerth hatte am Sonntag gesagt, er verfüge über eine Liste mit 3000 Namen von Franzosen, die insgesamt 3 Mrd. Euro in der Schweiz angelegt hätten. Bei einem Teil bestehe der Verdacht der Steuerhinterziehung. Woerth gab den Betroffenen bis zum 31. Dezember Zeit, sich selbst anzuzeigen. Danach würden die Behörden «mit aller Härte» Untersuchungen einleiten. (sda)

## Risiken haben ihren Preis

Machbarkeitswahn macht sorglos und trägt den Keim von Blasen und Krisen in sich

VADUZ – Alle wollen aus der Finanzkrise lernen: Politik und Wirtschaft. Für Wissenschaftler ist sie ein interessantes Objekt. Beim Wirtschaftspolitischen Seminar Alpenrhein ging es um anstehende Reformen.

• Kornelia Pfeiffer

«Weder der Untergang des Kapitalismus noch der von Wall Street steht bevor», gibt sich Ernst Baltensperger in einem Interview im Schweizer Forschungsmagazin des Nationalfonds «Horizonte» überzeugt. Aber auch davon, dass es keine vollkommene Absicherung gibt. Daran erinnerte der emeritierte Professor für Nationalökonomie auch beim ersten Wirtschaftspolitischen Seminar Alpenrhein an der Hochschule in Vaduz.

Eingeladen hatten die Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFL) und die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik der HTW Chur. Miteinander wollen sie die Diskussion unter Ökonomen über aktuelle wirtschaftspolitische Themen fördern und das Netzwerk in der Region Alpenrhein verstärken. Am Dienstag ging es um «Ursachen der Finanzmarktkrise und Einschätzung der Reformbestrebungen».

#### Vertrauensverlust ist extrem

Die Dramatik der gegenwärtigen Finanzmarktkrise konnte auch Professor Baltensperger, der Direktor des Studienzentrums der Schweizerischen Nationalbank in Gerzensee, nicht voraussehen. Die Ursachen freilich haben viele Wissenschaftler seit Längerem schon gesehen. Zur krisenhaften Entwicklung sei es gekommen, sagt Baltensperger, unter anderem wegen einer allzu langen Phase sehr expansiver US-Geldpolitik, nicht optimaler Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften



FOTO PAUL TRUMMER

Ernst Baltensperger: Die Krise sei vor allem eine Vertrauenskrise.

für Banken sowie der Bonussysteme.

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung im US Immobilien- und Hypothekarmarkt. Die Geldmarktpolitik begünstigte das Entstehen einer spekulativen Preisblase auf dem Immobilienmarkt. Neuerungen bei der Kreditverbriefung haben dazu geführt, dass das Ausfallrisiko international weit gestreut und lange unterschätzt wurde. Die Banken folgten dem Herdentrieb und begünstigten einen globalen Kreditzyklus.

Die Abwärtsspirale habe dann rasch nicht nur kranke, sondern teilweise gesunde Teile des Finanzsystems weltweit erfasst, sagt Baltensperger. Die Politik habe das

durch ihr Panikhandeln noch verstärkt. Die Krise sei vor allem eine Vertrauenskrise. Das Banken- wie das Kreditsystem beruhen wesentlich auf gegenseitigem Vertrauen. Das Ausmass des Vertrauensverlustes sei extrem. In der Theorie habe man die Möglichkeit zwar beschrieben, jedoch als unwahrscheinlich angesehen.

#### Diskussion über Reformen

Einfach zu glauben, die Wirtschaft habe versagt, greife jedoch zu kurz. Die Politik sei genauso verantwortlich für das Entstehen der Krise. In Politik und Gesellschaft sei ein Machbarkeitsglauben verbreitet, der Wahn der vollkommenen Absicherung und der

Nullrisikogesellschaft. Die einfachen Leute hätten genauso im Hinterkopf wie die Banker, dass der Staat es dann schon richten werde. Dies führe zu sorglosem Verhalten, das den Keim der nächsten Blase und anschließenden Krise in sich trage. Dieser Machbarkeitswahn stehe den Grundprinzipien der Ökonomie diametral entgegen. Es gebe keine Welt ohne Risiken und Risiken hätten ihren Preis.

Obwohl die Aufräumarbeiten im Finanzsystem noch in vollem Gange sind, ist eine teils heftige Diskussion über zukünftige Reformmöglichkeiten ausgebrochen. So könnte eine Erweiterung der öffentlich zugänglichen Information über Banken eine wichtige disziplinierende Wirkung haben. Die Finanzmarktstabilität könnte überdies durch Reformen der Ratingagenturen und die Entwicklung neuer Finanzprodukte erhöht werden. Letztlich müssten Banken selbst eine eigentliche Sicherheitskultur entwickeln.

#### Disziplinierung ist Konsens

Professor Baltensperger spricht sich dafür aus, die Eigenkapitalmindestausstattung und die Liquidität der Banken zu verstärken und die Bankaufsicht und -regulierung wirksamer zu gestalten. Zwar sei die Regulierung des Eigenkapitals der Banken etwa seit 1988 stetig ausgebaut worden. Sie müsse aber noch deutlich verbessert werden. Die dominierende Frage sei die der systemrelevanten Finanzakteure, denn die Stabilität und Integrität des Zahlungs- und Finanzsystems liege im öffentlichen Interesse. Ihre Disziplinierung zu verstärken sei heute allgemeiner Konsens. Dazu gehöre neben der Festlegung der Eigenkapitalanforderung auch die Möglichkeit eines geordneten Insolvenzverfahrens.

## Brown gegen Banken-Boni

Britischer Premierminister Brown kündigt «harte Massnahmen» an



Premierminister Gordon Brown.

LONDON – Nach Deutschland und Frankreich hat auch Grossbritannien ein hartes Vorgehen gegen überzogene Lohn- und Bonuszahlungen in der Bankbranche angekündigt.

Löhne und Boni müssten sich an den langfristigen Ergebnissen orientieren, nicht an spekulativen Gewinnen. Zudem sollten Banken die Boni wieder einziehen können, sollte die Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren negativ sein. Hierzu werde er «harte Massnahmen» ergreifen, sagte der britische Premierminister Gordon Brown in einem Interview mit der «Financial

Times» vom Dienstag. Allerdings zeigte sich Brown dem Blatt zufolge zurückhaltend zu den vor allem von Frankreich geforderten verpflichtenden Obergrenzen für Boni. Grossbritannien werde hier nicht vorpreschen, sagte Brown.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatten am Montag in Berlin ein Ende der umstrittenen Bonussysteme für Banker gefordert. Beim Gipfel der 20 grössten Industrie- und Schwellenländer (G-20) Ende September in den USA wollen beide zudem Fortschritte beim Risikomanagement grosser Banken einfordern. (sda)

ANZEIGE

Privatklinik  
HOHENEGG



«Bei uns  
finden Sie  
neuen Mut.»

Prof. Dr. med. Daniel Hell  
Leiter Kompetenzzentrum  
Depression und Angst

www.hohenegg.ch  
Tel: 044 925 12 12  
Meilen am Zürichsee

Member of The Swiss Leading Hospitals